



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 16.06.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1                      Kinder- und Familienzentrum - Vorstellung des  
städt. Kinder- und Familienzentrums Häslenweg,  
Neckarweihingen  
- mündlicher Bericht

---

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** erinnert daran, dass seit 2008 mehrere Kindertagesstätten in Ludwigsburg in Richtung Kinder- und Familienzentren entwickelt worden seien. Er verweist auf die Verzögerungen, die in Neckarweihingen dadurch entstanden seien, dass die Schulentwicklungsplanungen noch offen seien. Man wolle zunächst die Konsequenzen abwarten, die sich aus der Schulentwicklungsplanung für die dortige Hauptschule ergäben, so dass das Kinder- und Familienzentrum bis zum Abschluss der Planung in voraussichtlich 2 Jahren am derzeitigen Standort in der jetzigen Ausbausituation verbleibe.

Frau **Kurz** (Kinder- und Familienzentrum Häslenweg) stellt den aktuellen Stand der Entwicklung des Kinder- und Familienzentrums vor. Sie berichtet über zusätzliche Betreuungsangebote, das Platzangebot im U3-Bereich, die Erweiterung der Öffnungszeiten, die Einführen eines Mittagessenangebots, die konzeptionelle Anpassung und die Umsetzung des Orientierungsplanes sowie die personelle Ausstattung. Weiter geht sie auf die Angebote Sprachförderung, Elternarbeit und Familienbildung sowie die Themen Kooperation und Verankerung im Sozialraum ein.

Das Gremium nimmt den Bericht über das Kinder- und Familienzentrum einmütig lobend und anerkennend zur Kenntnis.

Im Anschluss beantworten Frau **Kurz** und EBM **Seigfried** Fragen des Gremiums zur Anzahl der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund, zum Sprachförderkonzept, zum Personaleinsatz bei verlängerten Öffnungszeiten und zu den Kooperationen mit dem Schulkindergarten für Körperbehinderte sowie der Jugendmusikschule. EBM **Seigfried** betont ausdrücklich, dass innerhalb der Sprachförderung nicht nach Kindern mit oder ohne Migrationshintergrund unterschieden werde. Auch der Personalbedarf orientiere sich an der Gesamtsumme der förderbedürftigen Kinder.

---

**Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkte 2.1 ff.

---

**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** erinnert an den Beschluss über das Ludwigsburger Modell "Sprache bilden und fördern", Vorl. Nr. 316/08. Heute solle über die Wirkungen des Sprachförderkonzepts berichtet werden.

Frau **Woitek** (FB Bildung, Familie, Sport) weist darauf hin, dass auf Seite 6 der Anlage 1 zur Vorl. Nr. 204/10 die prozentuale Angabe des Sprachförderbedarfs im Gebiet Mitte/Nord fehlerhaft sei. Sie verteilt eine korrigierte Version der Tabelle ans Gremium (s. Anlage 1 zum Protokoll). Bezugnehmend auf die Vorl. Nr. 204/10 und den ihr als Anlage beigefügten Evaluationsbericht schildert Frau Woitek die Entwicklung der sprachlichen Kompetenzen je nach Alter der Kinder sowie die Sprachstandsentwicklung in den untersuchten Kindergruppen mit und ohne Migrationshintergrund. Sie betont, dass die Aufteilung lediglich auf unterschiedliche Erhebungsverfahren zurückzuführen sei, die Sprachförderung aber gemeinsam erfolge. Abschließend betont sie die positiven Effekte der Sprachförderung, die sich auch im Alltag bemerkbar machten, und weist darauf hin, dass diese Erfolge auch durch eine Evaluation der Landesstiftung bestätigt worden seien.

Das Gremium freut sich einmütig über die positive Bilanz des Evaluationsberichts. Es habe sich bestätigt, dass man sich mit der Sprachförderung auf dem richtigen Weg befinde und das hierfür investierte Geld sinnvoll eingesetzt sei.

Die Stadträte **Meyer** und **Kirnbauer** erkundigen sich, auf welche Weise die Sprachförderung in Gebieten mit besonderem Förderbedarf intensiviert werden könne. Weiter kritisieren beide den mit 60% vergleichsweise geringen Rücklauf der städtischen Fragebögen. Hier müssten die Ursachen untersucht und bei der nächsten Umfrage behoben werden.

Mit Hinweis darauf, dass immer noch zu viele Kinder eingeschult würden, ohne ausreichend Deutsch zu sprechen, spricht sich auch Stadtrat Dr. **Bohn** für eine Nachjustierung der Sprachförderung entsprechend der Bedürfnisse in einzelnen Stadtgebieten aus. Zudem müsse sobald als möglich, im günstigsten Fall bereits im U3-Bereich, mit der Sprachförderung begonnen werden.

Nach Ansicht von Stadträtin **Klett-Heuchert** spielen insbesondere die Einbindung der Eltern sowie ein gelungener Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Schule eine große Rolle bei der Sprachförderung. Ludwigsburg befinde sich hier auf einem hervorragenden Weg, müsse diesen aber auch konsequent weitergehen.

---

Stadtrat **Heer** merkt an, dass die Sprachförderung in der Grundschule in erster Linie Aufgabe des Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 16.06.2010

Landes und nicht der Stadt sei. Die Angebote der Stadt seien eine herausragende Freiwilligkeitsleistung in Ergänzung zu Programmen wie beispielsweise Mercator.

Im Anschluss beantwortet Frau **Woitek** Fragen von Stadträtin **Lange** zum Einsatz der Fragebögen zur Sprachstandserhebung, zum ehrenamtlichen Engagement bei der Sprachförderung sowie zu Kindertageseinrichtungen mit besonderem Förderbedarf, deren Gruppengrößen und Personalausstattung.

Auch Stadtrat **Glasbrenner** hebt hervor, dass die Sprachförderung eine sehr wichtige, jedoch keine eigentlich städtische Aufgabe sei. Sie sei vielmehr dem „Kürbereich“ zuzuordnen. Seit Beginn des Engagements in diesem Bereich habe man die Mittel hierfür von rund 50 000 € auf nunmehr über 500 000 € aufgestockt. Es müsse auch einmal deutlich gesagt werden, dass die Stadt sich in diesem Bereich herausragend engagiere.

Stadtrat Dr. **Vierling** betont die Bedeutung der Evaluation für eine sinnvolle Fortführung der Sprachförderung. Er fordert dazu auf, die Teilnahme an Fragebogenaktionen verbindlich vorzuschreiben, da nur so repräsentative Ergebnisse erzielt werden könnten. Auch solle auf eine anonyme Beantwortung verzichtet werden, da so Rückfragen erschwert würden. Auf Basis der derzeitigen Evaluation halte er die Aussage, die Sprachförderung zeige Erfolge, für gewagt. Es gebe keine Referenzgruppen, eine Verbesserung der Sprachkenntnisse lasse sich teilweise durch das Älterwerden der Kinder erklären und die Beobachtungen durch Erzieherinnen könnten subjektiv gefärbt sein.

Frau **Woitek** und EBM **Seigfried** nehmen Stellung hierzu. Nach einem Jahr seien detailliertere Aussagen noch nicht möglich, subjektive Einschätzungen würden durch standardisierte Fragebögen und die Schulung des Personals so weit wie möglich reduziert. Eine Evaluation durch externe Experten sei nicht zu finanzieren. Ziel sei es, dass die geförderten Kinder bei der ESU gute Ergebnisse erzielten und hierdurch den Erfolg der Förderung bestätigten. Weiter kündigt EBM **Seigfried** an, dass es künftig nicht mehr toleriert werden solle, dass Einrichtungen die zur Evaluation verteilten Fragebögen nicht beantworteten. Abschließend bestätigt er, dass sich Ludwigsburg im landesweiten Vergleich überdurchschnittlich für die Sprachförderung engagiere und herausragende Leistungen erbringe. Hierfür wolle er sich sowohl bei den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch beim Gremium bedanken.

## TOP 2.2                    Einrichtung provisorischer Kindergartengruppen für Oßweil und die Hartenecker Höhe - mündlicher Bericht

---

### Beratungsverlauf:

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) erinnert daran, dass die Verwaltung schon bei der Kindergartenbedarfsplanung im vergangenen Jahr darauf hingewiesen habe, dass die Kindergartenplätze im Gebiet Oßweil/Hartenecker Höhe nicht ausreichen. Der Planung für das Kindergartenjahr 2010/2011 zu Folge könne man im genannten Gebiet für 83% der Kinder über 3 Jahren einen Betreuungsplatz bereitstellen. Zwar könne man gesamtstädtisch für 100% aller Kinder über 3 Jahren einen Platz anbieten, jedoch sei es für die Eltern oft weder mach- noch zumutbar, ihr Kind am anderen Ende der Stadt betreuen zu lassen. Zudem werde die Hartenecker Höhe schneller als geplant von Familien mit Kindern im Kindergartenalter besiedelt und das dortige Kinder- und Familienzentrum könne einen Betrieb voraussichtlich erst zum September 2011 mit 73 Plätzen im Ü3- und 20 Plätzen im U3-Bereich aufnehmen. Es seien somit zusätzliche Kindergartenplätze notwendig. Herr **Reichert** informiert darüber, dass geplant sei, die temporären

Gruppen an die bestehenden Einrichtungen St. Paulus, Beethovenstraße, und Evangelischer Kindergarten Wolkentor, Rudolf-Greiner-Straße, anzubinden. Falls sich eine der beiden Möglichkeiten nicht realisieren lasse, komme auch das Katholische Kinder- und Familienzentrum Bäderwiesen, Lange Straße, in Betracht. Sofern das Gremium dies mittrage, werde die Verwaltung zeitnah die Zahl der zu erwartenden Anmeldungen und die Elternwünsche hinsichtlich der Öffnungszeiten VÖ6 oder VÖ7 nochmals abfragen. Detaillierte Finanzierungsvorschläge werde die Verwaltung dem Gremium vorlegen, sobald die in Frage kommenden Standorte geprüft worden seien.

EBM **Seigfried** weist ergänzend darauf hin, dass für beide Gruppen zusammen im Verwaltungshaushalt mit Kosten von 220 000 € pro Jahr zu rechnen seien. Von diesem Betrag könnten noch rund 50 000 € Elternbeiträge sowie circa 56 000 € FAG-Mittel abgezogen werden. Hinzu kämen noch die im Vermögenshaushalt zu veranschlagenden investiven Kosten. Abschließend betont er, dass die Eröffnung neuer Standorte unter finanziellen und pädagogischen Aspekten nicht sinnvoll sei und sich die Verwaltung daher klar dafür ausspreche, die temporären Gruppen an vorhandene Kindertageseinrichtungen anzugliedern.

Das Gremium spricht sich übereinstimmend positiv aus. Die Einrichtung temporärer Gruppen sei sinnvoll. Wenn man eine kinderfreundliche Stadt sein wolle, könne man es Eltern nicht zumuten, ihre Kinder in Betreuungseinrichtungen am anderen Ende der Stadt zu bringen und dort wieder abzuholen.

Stadtrat **Meyer** regt an, die durch die Einrichtung der temporären Gruppen an anderen Stellen gegebenenfalls frei werdenden Kapazitäten beispielsweise für die Einrichtung altersgemischter Gruppen zu nutzen.

Stadtrat Dr. **Bohn** gibt zu bedenken, dass temporäre Containerlösungen eigentlich nie wirtschaftlich seien. Er regt an, schnell realisierbare Alternativen zu prüfen und für die Zeit nach dem Provisorium eventuell die Einrichtung von U3-Plätzen in Betracht zu ziehen.

Stadtrat **Glasbrenner** hält das Aufstellen von Containern auch für eine suboptimale Lösung. Da die Einrichtung der temporären Gruppen schnell gehen müsse, sehe er hierzu allerdings keine Alternative.

Die Stadträte **Heer** und **Lange** bitten vor einer endgültigen Entscheidung um eine Verwaltungsvorlage, in der die in Frage kommenden Standorte, die Möglichkeiten zur Umsetzung im Container- oder Festbau, die Finanzierung sowie eine eventuelle spätere Nutzung als U3-Plätze dargestellt werden.

EBM **Seigfried** macht auf den Zeitdruck aufmerksam. Um die Einrichtung der provisorischen Gruppen baldmöglichst angehen zu können, benötige die Verwaltung heute eine grundlegende Richtungsentscheidung. Eine förmliche Vorlage werde selbstverständlich noch im Ausschuss beraten. Er betont, dass für die Provisorien derzeit ein Zeitfenster von 2 Jahren vorgesehen sei. Bis dahin sei absehbar, wie sich die Aufsiedlung der Hartenecker Höhe und das Kinder- und Familienzentrum weiter entwickelten und wie sich dies auf den Bedarf an Kindergartenplätzen auswirke. Abschließend unterstreicht er die Qualität heutiger Interimsgebäude und betont, dass diese keineswegs „Container“ im eigentlichen Sinne seien.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Klett-Heuchert** informiert **Frau Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) über den Stand der Bauarbeiten am Kinder- und Familienzentrum Hartenecker Höhe. Das Gebäude sei derzeit eingerüstet und man befinde sich zeitlich im Plan. Die Verwaltung rechne damit, dass das Zentrum zum Herbst 2011 seinen Betrieb aufnehmen könne.

Nach Abschluss der Aussprache fasst EBM **Seigfried** die Stellungnahmen des Gremiums zusammen. Die Verwaltung werde vom Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beauftragt, zum Kindergartenjahr 2010/2011 zwei temporäre Kindergartengruppen mit VÖ 6 bzw. VÖ 7 für Oßweil

und die Hartenecker Höhe einzurichten. Die hierfür im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt erforderlichen Mittel sollen im Rahmen des Nachtragshaushalts eingestellt werden.

Das Gremium stimmt diesem Vorgehen einmütig zu.

TOP 2.3

Verwendung der "Überkapazitäten" in den städtischen Kindertageseinrichtungen in Grünbühl/Sonnenberg und in Eglosheim  
- Antrag der Stadträtinnen Burkhardt und Lange (LUBU) vom 18.05.2010

Vorl.Nr. 240/10

---

**Beschluss:**

In den oben genannten Stadtteilen (Grünbühl/Sonnenberg und Eglosheim) werden die sogenannten Überkapazitäten dazu genutzt, die Gruppengrößen in Kindergärten auf höchstens 22 Kinder zu begrenzen (abhängig von der Betriebsform).

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 1 Ja-Stimme, 14 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Ja 1 Nein 14 Enthaltung 0

**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** betont einleitend, der Tagesordnungspunkt stehe heute lediglich aus formalen Gründen auf der Tagesordnung, da dieser eigentlich bereits durch die Entscheidung über die Vorl. Nr. 167/10 in der vorletzten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales hinfällig sei.

Stadträtin **Lange** begründet den Antrag der LUBU-Stadträtinnen. Sie verweist auf die sozial schwierige Konstellation sowie den hohen Sprachförderbedarf in den genannten Stadtteilen. Daher sei es wichtig, dass man die vorhandenen Überkapazitäten nicht für den Ausbau der U3-Betreuung verwende, sondern um die Gruppengröße zu reduzieren. Bei kleineren Gruppen könne das Fachpersonal besser auf den individuellen Förderbedarf des einzelnen Kindes eingehen.

EBM **Seigfried** versteht das Anliegen der Stadträtinnen. Er betont, dass es in Eglosheim und Grünbühl-Sonnenberg auf Grund der auch von den Stadträtinnen angeführten wünschenswerten Betreuungsintensität lediglich zusätzliche Stellenanteile im heilpädagogischen Bereich und im Zusammenhang mit den Kinder- und Familienzentren gebe. Überkapazitäten im eigentlichen Sinne gebe es keine, so dass diese auch nicht zur Reduzierung der Gruppengröße verwendet werden könnten. Sodann lässt er über die Vorl. Nr. 240/10 abstimmen.

**Beschluss:**

Die städtische Förderung des Schülerhortverein Ludwigsburg e.V., Tammer Straße 36, wird für das Rechnungsjahr 2009 auf insgesamt **273.868,27 €** festgesetzt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

**Beratungsverlauf:**

Stadtrat **Kirnbauer** kritisiert, die vorgelegten Abrechnungen seien nicht nachvollziehbar und widersprüchen in einigen Punkten den Zahlen, die in vergangenen Jahren angegeben worden seien.

Auch Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, er könne aus diesen Gründen nur unter Vorbehalt zustimmen.

Vor Abstimmung über den Tagesordnungspunkt sagt EBM **Seigfried** daher zu, die zu Grunde liegenden Abrechnungen und Zahlen vom FB Revision prüfen zu lassen. Der Revisionsbereich werde dann dem Gremium zur Beratung vorgelegt. Die Beschlussfassung solle unter dieser Maßgabe erfolgen. Sodann stellt er die Vorl. Nr. 259/10 zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Die städtische Förderung der Charlottenkrippe Ludwigsburg, Wilhelmstraße 44-48, wird für das Rechnungsjahr 2009 auf insgesamt **1.331.300,97 €** festgesetzt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

**Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorl. Nr. 261/10 Beschluss fassen.

**TOP 3                      Azubinen machen stark; Modellprojekt  
- mündlicher Bericht**

---

**Beratungsverlauf:**

Frau **Wiest** (FB Bildung, Familie, Sport) gibt einen Rückblick auf das seit 2007 laufende Modellprojekt. Sie schildert die Ausgangslage vor Beginn des Projekts und informiert über Projektträger und Beteiligte sowie über die Finanzierung. Sodann stellt sie die Ziele des Projekts dar und benennt seine Zielgruppe. Man habe sowohl direkt mit den Azubinen zusammengearbeitet als auch mit verschiedenen Betrieben und Schulen. Sie betont die Ergebnisse der rund dreijährigen Projektarbeit und macht insbesondere auf die beiden erstellten Handreichungen für Betriebe und Schulen sowie für Azubinen aufmerksam. Zum Abschluss gibt sie einen Ausblick auf die künftige Fortsetzung des Projekts und die Akquise der hierfür erforderlichen Mittel.

Das Gremium verzichtet auf eine Aussprache. Der Projektbericht wird befürwortend zur Kenntnis genommen.

**TOP 4                      Osterholzschule; -Verlagerung der Hauptschule                      Vorl.Nr. 234/10  
an die Hirschbergschule**

---

**Abweichender Beschluss:**

1. Der Beschluss des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 07.10.2008 (Vorlage 476/08, Ziffer 3 des Beschlussvorschlages betreffend die Osterholzschule) wird dahingehend geändert, dass die Verwaltung beauftragt wird, bei der Schulaufsicht zu beantragen, dass die Osterholzhauptschule bereits mit dem Beginn des Schuljahres 2010/11 aufgelöst wird und die noch verbliebenen Klassen in die Hirschbergschule überführt werden.
2. Die Verwaltung berichtet über die längerfristige Raumverteilung am Bildungszentrum West, da nach dem Auszug der Osterholzschule und des Stadtarchivs Räume frei werden. Frühzeitig soll ein Raumkonzept für den gesamten Bereich Bildungszentrum West vorgelegt werden.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Ziffer 1 des Beschlusses wird mit 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Ziffer 2 des Beschlusses wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen beschlossen.

### Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** erinnert daran, dass man noch im Oktober 2008 davon ausgegangen sei, dass die Osterholzschule Zug um Zug aufgelöst werde. Nun habe es sich gezeigt, dass unter pädagogischen Gesichtspunkten ein Erhalt der Restschule nicht mehr sinnvoll sei. Gesamtlehrerkonferenz und Schulkonferenz hätten sich daher darauf verständigt, die verbleibenden Klassen früher als geplant an die Hirschbergschule zu verlagern und die Osterholzschule bereits zu Beginn des Schuljahres 2010/2011 aufzulösen. Der Fachbereich Bildung, Familie, Sport, das Staatliche Schulamt und die Hirschbergschule unterstützten diesen Schritt. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales werde daher gebeten, der vorgezogenen Auflösung der Osterholzschule ebenfalls formal zuzustimmen.

Das Gremium lobt einmütig die sicherlich nicht einfache Entscheidung der Leitung und des Lehrerkollegiums der Osterholzschule. Beide hätten sich hierdurch größten Respekt und Dank verdient, denn man habe schon 2008 über eine Auflösung der Osterholzschule kontrovers diskutiert und auch heute seien sicherlich verschiedene Ansichten hierüber begründet vertretbar. Der vorgeschlagene Schritt sei umso mehr nicht nur ein gutes Beispiel für gelungene Kooperation im Schulalltag, sondern werde vor allem der pädagogischen Verantwortung für die betroffenen Schüler absolut gerecht.

Stadtrat von **Stackelberg** regt an, die Osterholzschule, die über lange Zeit eine hervorragende Arbeit gemacht habe, gebührend zu verabschieden. Er fordert die Verwaltung auf, sich hierfür mit Schulleitung und Lehrerkollegium abzustimmen.

Stadtrat **Glasbrenner** freut sich besonders darüber, dass durch die zweite Sporthalle in Eglosheim auch nach Aufnahme der Osterholz-Schüler ausreichende Kapazitäten für den Sportunterricht zur Verfügung ständen. Im Bildungszentrum West hingegen würden durch den Auszug der Osterholzschule wieder Kapazitäten frei. Auch unter finanziellen Gesichtspunkten sei dies von Vorteil. Er spreche sich daher dafür aus, den in der Vorl. Nr. 234/10 genannten Wünschen der Hirschbergschule hinsichtlich der Ausstattung selbstverständlich nachzukommen.

Stadtrat **Heer** bedauert zwar die Auflösung der Osterholzschule als großen Verlust für die Weststadt, betont jedoch gleichzeitig die Chancen, die in Eglosheim durch die Werkrealschule eröffnet würden. Auch hinsichtlich des Raumprogramms am BZW sei die Verlagerung der richtige Schritt.

Stadträtin **Lange** erklärt, sie hätte der Vorlage zustimmen können, wenn der notwendige Umbau zuvor erledigt und die Sozialarbeiterstelle in Eglosheim entsprechend aufgestockt worden wäre. Da dies nicht der Fall sei, müsse sie die Vorlage ablehnen.



Stadtrat **Kromer** schlägt vor, den Antrag seiner Fraktion, Vorl. Nr. 145/10, als ergänzende Ziffer 2 zum Beschlussvorschlag der Verwaltung aufzunehmen.

EBM **Seigfried** lässt daraufhin getrennt zunächst über die Ziffer 1 und im Anschluss über die ergänzte Ziffer 2 des Beschlussvorschlages abstimmen.

Nach der Abstimmung sagt er zu, gemeinsam mit der Osterholzschule eine angemessene Veranstaltung für den Abschied von der Schule zu prüfen.

|         |   |                 |
|---------|---|-----------------|
| TOP 4.1 | Bericht über die künftige Raumverteilung am<br>Bildungszentrum West<br>- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2010 | Vorl.Nr. 145/10 |
|---------|---|-----------------|

---

#### Beratungsverlauf:

Der Antrag wird als neue Ziffer 2 zur Vorl. Nr. 234/10 beschlossen. Siehe hierzu TOP 4.1.

|       |   |                 |
|-------|---|-----------------|
| TOP 5 | Bildung und Betreuung - Ausbau<br>Betreuungsangebote im Rahmen der<br>verlässlichen Grundschule an der Grundschule<br>Hoheneck und Oststadtschule II und<br>Weiterführung der Spätbetreuung an der<br>Eichendorffschule | Vorl.Nr. 255/10 |
|-------|---|-----------------|

---

#### Beschluss:

Der Fachbereich Bildung, Familie, Sport wird beauftragt ab dem Schuljahr 2010/2011

**1. an der Grundschule Hoheneck eine weitere (4.) Kernzeitengruppe im Rahmen der verlässlichen Grundschule als Versuch befristet auf 2 Jahre einzurichten.**

Für die Betreuung wird eine zusätzliche Kraft mit dem üblichen Beschäftigungsausmaß von bis zu 18 Stunden/Woche eingestellt. Die Finanzierung der laufenden Personal- und Sachkosten erfolgt über Elternbeiträge und Zuschüsse des Landes. Der einmalig entstehende Aufwand für die Ausstattung der Gruppe beträgt ca. 2.000 €.

**2. an der Oststadtschule II eine weitere (5.) Kernzeitengruppe im Rahmen der verlässlichen Grundschule als Versuch befristet auf 2 Jahre einzurichten.**

Für die Betreuung wird eine zusätzliche Kraft mit dem üblichen Beschäftigungsausmaß von bis zu 18 Stunden/Woche eingestellt. Die Finanzierung der laufenden Personal- und Sachkosten erfolgt über Elternbeiträge und Zuschüsse des Landes. Der einmalig entstehende Aufwand für die Ausstattung der Gruppe beträgt ca. 2.000 €.

**3. für die Koordinierung der Betreuungsangebote und Umsetzung des pädagogischen Konzepts an der Grundschule Hoheneck und Oststadtschule II jeweils eine pädagogische Fachkraft als**

### **Leitung mit einem Beschäftigungsumfang von je 4 Stunden/Woche zu beschäftigen.**

Die Finanzierung der Kosten in Höhe von jeweils ca. 7.500 € je Schule erfolgt über die Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Elternbeiträge zum 01.01.2010 (Beschluss vom 09.12.2009, Vorlage 508/09) bzw. wird durch das Budget des Fachbereichs Bildung, Familie, Sport getragen.

#### **4. die Spätbetreuung an der Eichendorffschule befristet auf 2 Jahre ab dem Schuljahr 2010/2011 weiterzuführen.**

Für die Spätbetreuung wird eine Betreuungskraft mit 9 Stunden/Woche beschäftigt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

#### **Beratungsverlauf:**

Das Gremium verzichtet einmütig auf Sachvortrag.

Stadtrat **Heer** spricht das aus seiner Sicht zurückhaltende Angebot der Kernzeitenbetreuung an der Grundschule Pflugfelden an. Vor dem Hintergrund der Neubaugebiete empfiehlt er dem Schulträger abzufragen, ob hier nicht die notwendige Nachfrage für eine Ausweitung des Angebots vorhanden sei.

Stadträtin **Klett-Heuchert** bittet um Aufnahme folgender Stellungnahme ins Protokoll:  
„Wann endlich beantragen die Schulen ein Ganztagesangebot? Ich finde, dass die Ausweitung der Kernzeit immer zu unseren Lasten geht und die Schule hier auch mit eingebunden werden sollte.“

Auch Stadträtin **Fuchs** erklärt zu Protokoll:  
„In der Vorlage steht ja drin, dass der Herr Kasten, der Schulleiter von Hoheneck, überprüft, ob er in eine offene Ganztageschule einsteigt. Meine Frage ist – und das habe ich ja schon mehrmals gesagt – ob zwischenzeitlich mit der Oststadtschule II schon Gespräche geführt worden sind, ob man da an eine Ganztageschule denkt. Wenn man da die Kernzeitenzahlen anschaut, dann schreit es da geradezu danach. Und man hätte dann auch das Problem in der Brünnerstraße nicht.“

Stadträtin **Kreiser** plädiert dafür, dass man die Entscheidung für oder gegen eine Ganztageschule den Schulen selbst überlassen solle.

Stadträtin **Steinwand** hält es für an der Zeit, dass der Schulträger nicht mehr nur Geldgeber sei, sondern sich auch in personelle Fragen sowie pädagogische und Ganztageskonzepte einbringen könne.

Stadtrat von **Stackelberg** unterstützt den Verwaltungsvorschlag. Es stelle sich für ihn jedoch die Frage, wie bei den derzeit schon begrenzten räumlichen Verhältnissen der zusätzliche Platzbedarf für die Betreuungsangebote realisiert werden könne.

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert, dass die jeweilige Schule und ihr Umfeld genauestens betrachtet würden. Wo es Ansätze für eine Ganztageschule gebe, sei die

Verwaltung gerne bereit, diesen Schritt zu begleiten. Der Impuls müsse jedoch letztendlich von der Schule selbst ausgehen. Bei der Oststadtschule II habe man das Gespräch selbstverständlich bereits gesucht, allerdings sei eine Umwandlung in eine Ganztageschule nicht möglich, ohne den zweiten Bauabschnitt anzugehen. Dies koste zusätzlich Geld. Zudem sei mit der Eichendorffschule in unmittelbarer Nähe bereits eine Ganztageschule vorhanden. Abschließend weist er darauf hin, dass der Raumbedarf in Hoheneck durch organisatorische Veränderungen abgedeckt werden könne.

Sodann ruft EBM **Seigfried** die Vorl. Nr. 255/10 zur Abstimmung auf.

|       |  |                 |
|-------|--|-----------------|
| TOP 6 | Einrichtung einer Mensa in der Grundschule<br>Hoheneck<br>- Antrag der CDU-Fraktion vom 15.05.2009 | Vorl.Nr. 241/09 |
|-------|--|-----------------|

---

#### Beratungsverlauf:

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) gibt bekannt, dass im Untergeschoss der Schule selten genutzte Räume zu einem Essensraum hätten umgebaut werden können. Dieser gehe zum 24.06.2010 in Betrieb. Aus organisatorischen Gründen seien eine offizielle Einweihung sowie eine Besichtigung der Räumlichkeiten für den Beginn des nächsten Schuljahres geplant. Er freue sich, dass sich mit der Einrichtung eines Essensraumes wiederum die Voraussetzungen für eine Ganztageschule verbessert hätten.

Stadträtin **Kreiser** und Stadtrat von **Stackelberg** loben übereinstimmend die schnelle, unkomplizierte Einrichtung des Essensraumes. Das Thema werde in Zukunft auch in anderen Schulen auf der Tagesordnung stehen und sie fordern die Verwaltung auf, hier am Ball zu bleiben.

Auf Nachfragen von Stadtrat Dr. **Bohn** und Stadträtin **Moersch** sagt Herr **Reichert** zu, Informationen über die Zahl der Essensteilnehmer und die Essenspreise nachzureichen.

Der Antrag der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 241/09, ist damit erledigt.

|       |  |                 |
|-------|--|-----------------|
| TOP 7 | Mittel aus dem Fonds "Jugend, Bildung, Zukunft" für das Tanz- und Theaterprojekt mit Vorbereitungsklassen der Justinus-Kerner- und Osterholzschule in Kooperation mit der Tanz- und Theaterwerkstatt | Vorl.Nr. 262/10 |
|-------|--|-----------------|

---

#### Abweichender Beschluss:

Der Fachbereich Bildung, Familie, Sport wird ermächtigt aus dem Fonds „Jugend, Bildung, Zukunft“ für ein zweijähriges Tanz- und Theaterprojekt in den jeweiligen Vorbereitungsklassen der Justinus-Kerner-Schule und der Osterholzschule in Kooperation mit der Tanz- und Theaterwerkstatt e.V. Mittel in Höhe von bis zu 5.140 € pro Jahr zur Verfügung zu stellen. Etwaige weitere Drittmittel, die die Tanz- und Theaterwerkstatt während der Projektzeit erhält, werden auf die Fondsmittel angerechnet.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 8 Nein 7 Enthaltung 0

### Beratungsverlauf:

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) legt dar, dass bei der Behandlung der Vorl. Nr. 190/10 im Ausschuss Fragen offen geblieben seien, die nun mit der neuen Vorl. Nr. 262/10 beantwortet würden. Er erinnert daran, dass der Fonds „Jugend, Bildung, Zukunft“ im Herbst 2009 zunächst die Förderung abgelehnt habe, jedoch bei der Suche nach einem Sponsor behilflich gewesen sei. Nachdem dies nicht gelungen sei, habe man die Förderung vorgeprüft, befürwortet und für März 2010 den Beschlussvorschlag zur Tagesordnung angemeldet. Dass sich die Beratung nun verzögert habe, falle nicht in die Verantwortung der TTW. Er weist weiter daraufhin, dass das Projekt nach den Förderrichtlinien förderfähig sei und betont seine Bedeutung für die Teilnehmer der Vorbereitungsklassen. Abschließend stellt er in Aussicht, dass sich der heute zu beschließende Förderbetrag gegebenenfalls noch reduzieren könne, falls das Landratsamt nach 2010 auch für 2011 einen Zuschuss von 4 000 € bewillige.

Frau **Gonsiorek** (Tanz- und Theaterwerkstatt) berichtet dem Gremium über die positiven Erfahrungen, die die TTW in früheren Jahren bereits mit dem Theaterprojekt mit den Vorbereitungsklassen der Justinus-Kerner- und der Osterholzschule gemacht habe. Leider seien die 10 Wochen, in denen das Projekt bisher durchgeführt worden sei, zu kurz. Man wolle daher den Projektzeitraum verlängern, um über Musik und Tanz noch besseren Zugang zu Schülern mit unzureichenden sprachlichen Kompetenzen zu gewinnen. Zudem trage ein längerer Projektzeitraum auch zu einer Effizienzsteigerung in der Verwaltungsarbeit bei und gebe insbesondere mehr Schülern die Gelegenheit zur Teilnahme am Projekt.

Stadtrat **Meyer** erklärt, er schätze die Arbeit der TTW. Gleichzeitig halte er es nicht für den richtigen Weg, dass das Projekt zu zwei Dritteln aus unterschiedlichen Stiftungen der Stadt finanziert werde. Man müsse mit den für zahlreiche Projekte benötigten Mitteln sorgfältig umgehen, insbesondere, da es an Spendern mangle, die die Fondsmittel wieder auffüllten. Er regt an Kosten zu senken, indem man entweder die Dauer des Projekts beispielsweise auf 1 Jahr reduziere oder bei den Sachkosten entsprechende Einsparungen erziele. Als Beispiel führt er an, dass man auf eine Dokumentation in DVD-Form verzichten könne.

Stadtrat Dr. **Bohn** ist überzeugt von den positiven Aspekten des Projekts. Dieses komme der gesamten Gesellschaft zu gute. Auch wolle er die TTW positiv stärken, da nicht jede Stadt über eine solch herausragende Institution verfüge. Die vorgeschlagene Förderung mit 5 000 € sei in Anbetracht der Bedeutung des Projekts vertretbar und man gehe damit auch nicht an die Substanz des Fonds. Allerdings wünsche er sich einen Zwischenbericht nach der Hälfte der Laufzeit.

Stadtrat **Glasbrenner** legt Wert auf die Feststellung, dass er den Wert des Projekts nicht anzweifle. Auch erkenne man die Arbeit der TTW bereits dadurch an, dass diese institutionell gefördert werde. Dass nun auch andere Fördertöpfe angefragt würden sei verständlich. Das Engagement der Bürgerstiftung sei hier eine Ausnahme, da von dieser Projekte ohne Eigenmittel normalerweise nicht gefördert würden. Auch was den Fonds „Jugend, Bildung, Zukunft“ anbelange, entspreche das Projekt seiner Meinung nach nicht ganz den Förderrichtlinien. Zudem werfe der Fonds derzeit

keine Zinsen ab, so dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis an die Substanz gegangen werden oder auf die Förderung einzelner Projekte verzichtet werden müsse. Er plädiere dafür, der Förderung zunächst nur für 1 Jahr zuzustimmen.

Stadträtin **Steinwand** beurteilt das Projekt als absolut sinnvoll und wünscht diesem viel Erfolg. Sie erkundigt sich nach der Zahl der voraussichtlich teilnehmenden Schüler aus Vorbereitungsklassen und danach, ob deren Teilnahme freiwillig oder verpflichtend sei.

Stadtrat **Heer** gibt zu bedenken, dass eine nachhaltige Arbeit bei einer sicheren Bezuschussung über 2 Jahre einfacher zu realisieren sei. Auch der Verwaltungsaufwand verteile sich dann besser. Allerdings stehe auf der anderen Seite zu befürchten, dass das Landratsamt in 2011 keine Zuschüsse mehr zur Verfügung stelle, wenn das Projekt bereits von der Stadt bezuschusst werde. Daher sei es auch für ihn gut vorstellbar, den Zuschuss zunächst nur für 1 Jahr zuzusagen. Zur Kostenreduktion schlägt er weiter vor, auf aufwändige Technik zu verzichten.

Stadträtin **Lange** erklärt ihre uneingeschränkte Zustimmung zum Projekt. In finanziell schwierigen Zeiten zeige sich, hinter welchen Projekten man wirklich stehe.

Sodann beantwortet Frau **Gonsiorek** die Fragen des Gremiums. Sie sehe keine Möglichkeiten zu einer weiteren Reduktion der Sach- oder Personalkosten. Die TTW bringe selbstverständlich bereits Eigenmittel in Form von Eigenleistungen ein. Weiter begründet sie, dass sie zusätzliche Fördertöpfe habe anfragen müssen, weil die institutionelle Förderung für die TTW bereits gekürzt worden sei. Sie wirbt dafür, der Förderung für beide Projektjahre zuzustimmen und sagt zu, dem Gremium nach einem Jahr einen Zwischenbericht zu liefern. Selbstverständlich würden die Gremienmitglieder auch zur Aufführung eingeladen.

Herr **Koch** (Justinus-Kerner-Schule) verdeutlicht die positiven pädagogischen Effekte des Kooperationsprojekts mit der TTW.

EBM **Seigfried** fasst die Aussprache des Gremiums dahingehend zusammen, dass an Sinn und Qualität des Projekts keine Zweifel bestünden. Diskrepanz bestehe lediglich hinsichtlich Dauer und Umfang der Förderung in finanziell angespannten Zeiten. Er schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend abzuändern, dass Mittel in Höhe von "bis zu" 5 140 € pro Jahr als Förderung zur Verfügung gestellt würden. Sodann lässt er über diesen abweichenden Beschluss abstimmen.

TOP 8

Zuschuss zur Durchführung der Tanz-Europameisterschaft der Standardformationen in der Arena Ludwigsburg am 25.09.2010

Vorl.Nr. 220/10

---

### Beschluss:

Der 1. Tanzclub Ludwigsburg erhält als Ausrichter der Tanz-Europameisterschaft der Standardformationen 2010 einen Abmangelzuschuss von bis zu 17.000 EUR (mit Kostennachweis).

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 1

**Beratungsverlauf:**

Stadtrat **Kromer** lobt das enorme Engagement des 1. Tanzclub Ludwigsburg. Dies sei ein vorbildliches Beispiel für einen sorgfältigen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und er hoffe, dass dies bei anderen Vereinen Schule mache.

Stadtrat Dr. **Bohn** sieht die Ausrichtung der Tanz-EM als Highlight für Ludwigsburg, das er gerne unterstützen wolle.

Die Stadträte **Kirnbauer** und **Heer** schließen sich den beiden Vorrednern an. Insbesondere wollen sie neben der Förderung des Sports auch den fairen Umgang mit städtischen Zuschüssen, den der 1. TCL mit der Abrechnung für die Tanz-WM vorgelebt habe, honorieren.

Stadträtin **Steinwand** sieht in den Zuschüssen für die Tanz-EM zwar eine indirekte Subventionierung der Arena, will der Vorl. Nr. 220/10 aber dennoch zustimmen, da die EM ein Aushängeschild für ganz Ludwigsburg sei.

Stadträtin **Klett-Heuchert** erklärt, die vorausgegangene Diskussion um Bezuschussung des Projekts der Tanz- und Theaterwerkstatt habe sie verärgert. Es sei beschämend, dass dort über rund 10 000 € so heftig debattiert worden sei und dass man nun wenige Minuten später 17 000 € ohne mit der Wimper zu zucken zugestehen wolle.

EBM **Seigfried** plädiert dafür, jede Förderentscheidung auf ihrem jeweiligen, ganz eigenen Hintergrund zu betrachten. Anschließend lässt er über die Vorl. Nr. 220/10 abstimmen.

TOP 9

Änderung Hallenentgeltordnung

Vorl.Nr. 239/10

---

**Beschluss:**

Die mit Vorl. Nr. 010/10 beschlossene „Entgeltordnung für die Benutzung der Ludwigsburger Turn-, Sport- und Mehrzweckhallen für sportliche, kulturelle und staatsbürgerliche Veranstaltungen“ wird unter C Sonstiges, Ziff. 4 „Stornierung“ wie folgt abgeändert:

4. Buchung/ Stornierung

Eine Hallenbuchung muss mindestens 3 Werktage vor der Belegung beim Fachbereich Bildung, Familie, Sport beantragt werden. Wird eine genehmigte Hallenbuchung nicht bis Donnerstag vor der Veranstaltung abgesagt, müssen 50 % des Entgeltes (mindestens jedoch 30 EUR) bezahlt werden.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

### Beratungsverlauf:

Nach Hinweis von EBM **Seigfried**, es handle sich um eine rein formale Änderung und es gebe außer den in der Vorlage dargestellten Anpassungen der Stornierungsfrist und der Bearbeitungsgebühr keine weiteren Änderungen, wird auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet.

EBM **Seigfried** stellt die Vorl. Nr. 239/10 zur Abstimmung.

TOP 10

**Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung  
gefassten Beschlusses**

öffentlich

---

### Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verliest folgenden, in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales nichtöffentlich gefassten Beschluss:

“Der Ausschuss Bildung, Sport, Soziales beschließt, das Kinder- und Familienzentrum Hartenecker-Höhe in städtischer Trägerschaft zu betreiben.”

Sachvortrag oder Aussprache hierzu findet nicht statt.

Außerhalb der Tagesordnung erkundigt sich Stadtrat **Heer** nach Personal- beziehungsweise Trainerwechseln bei SKV Eglosheim und TSV Ludwigsburg und eventuellen Auswirkungen auf die Hallenbelegung.

EBM **Seigfried** kündigt an, er werde dem nachgehen.